

Giftiger Goldrausch

Was kommt auf die Bürger zu, wenn Handelsabkommen wie TTIP globale Konzerne schützen? In Rumänien ist das schon zu sehen. Von Jürgen Maier

In den Hügellandschaften Siebenbürgens gruben schon die alten Römer nach Gold. Bereits vor Jahrhunderten sind 95 Prozent der einstmals reichhaltigen Vorkommen aus dem Boden geholt worden. Der Rest des Goldes liegt tief im Erdreich. Auf ihn hat es seit mehr als 15 Jahren die kanadische Bergbaufirma Gabriel Resources abgesehen. Ganze 1,5 Gramm Gold pro Tonne Gestein liegen hier. Das ist eine Konzentration von nur 0,00015 Prozent, doch heutzutage ist das relativ viel.

Um an das Gold heranzukommen, soll eine Landschaft geopfert werden. Gabriel will vier Berge in die Luft sprengen, ganze Landstriche im Tagebau abbaggern und das Gold aus dem gemahlene Gestein mit hochgiftigem Zyanid auswaschen. Die vielen Tonnen Abraum-Schlämme sollen in einem benachbarten Tal gelagert werden – als Freiluft-Giftmülldeponie, abgesichert von einer 180 Meter hohen Staumauer. Bricht sie, ergießen sich 250 Millionen Tonnen als riesige giftige Schlamm Lawine über die Umgebung. Im Jahr 2000 ist dies bei der Goldmine in Baia Mare in Nordrumänien passiert: 100 000 Kubikmeter giftiger Schlamm verseuchten Flüsse bis nach Ungarn und Serbien und kontaminierten das Trinkwasser von 2,5 Millionen Menschen. Es war eine der schwersten Umweltkatastrophen in Europa seit Tschernobyl. Weite Teile des Ortes Rosia Montana stehen für dieses Projekt im Weg. Am einfachsten wäre es, sie zu evakuieren. Immerhin, die Hauptstraße soll bleiben. Umgeben von Tagebauwüsten und dem ständigen Lärm von Sprengungen wird dort aber niemand mehr wohnen wollen. Gabriel hat schon viele Häuser aufgekauft und lässt sie verfallen. Ähnlich erging es der Apotheke – aufgekauft und geschlossen. So will man den Eindruck erwecken, dass das Dorf stirbt, und noch mehr Einwohner zum Verkauf bewegen.

Aber 350 Familien bleiben standhaft. Sie wollen ihre Heimat nicht verkaufen. Seit 15 Jahren kämpfen sie gegen diese giftige Zukunft. Immer wieder wurden sie zurückgeworfen von korrupten Politikern und von der Teile-und-herrsche-Politik des Bergbaukonzerns, die den Ort spaltet: Viele gaben auf und verkauften, weil sie glaubten, man könne ja sowieso nichts gegen den mächtigen Konzern machen. Im Juni gelang es den Verteidigern von Rosia-Montana jedoch, im rumänischen Parlament ein skandalöses Sondergesetz zu stoppen, mit dem Gabriel Resources quasi amtlich zu einem Staat im Staate gemacht worden wäre, samt dem Recht, für das Goldbergbauprojekt diejenigen Haus- und Landbesitzer zu enteignen, die sich immer noch weigern, ihr Land an Gabriel abzutreten. Sie alle stehen einem flächendeckenden Tagebau im Weg.

Das Bergbau-Unternehmen droht, den Staat zu verklagen - auf vier Milliarden Dollar

Allmählich wird Gabriel Resources ungeduldig. Sollten am Ende die angeblich über 500 Millionen Dollar „Investitionen“ für Landkauf, für Anwaltskosten, für umfangreiche PR vergebens gewesen sein? Der Konzern kündigt nun in der kanadischen Presse an, wenn es nicht bald zu Enteignungen komme, den rumänischen Staat auf vier Milliarden Dollar Schadenersatz zu verklagen – etwa zwei Prozent des rumänischen Bruttoinlandsprodukts. Möglich machen dieses Vorgehen bilaterale Investitionsschutzabkommen, die Rumänien in den Neunzigerjahren mit vielen westlichen Ländern abschloss. Damit sollten Investoren in das noch instabile Nach-Wende-Rumänien gelockt werden. Gabriel behauptet, das Unternehmen sei vom rumänischen Staat „unfair behandelt“ seine „legitimen Gewinnerwartungen“ enttäuscht worden – weil Rumänien, zwischen ein Rechtsstaat geworden ist, in dem man Menschen nicht einfach enteignet und vertreiben kann wie unter dem Diktator Nicolae Ceaucescu.

Solche Investitionsschutzverträge erlauben nämlich Investoren, also Konzern Staaten zu verklagen, wenn da durch politische Entscheidungen (oder auch Nicht-Entscheidungen) oder sogar Gerichtsurteile die erwarteten Gewinne beeinträcht werden. Gabriel Resources hat angekündigt, man überlege sich noch, welchen dieser Verträge man als Basis nehmen will der Vertrag Rumäniens mit Kanada nicht so investorenfreundlich wie der den Niederlanden. Gabriel hat nämlich vorgesorgt und seine Investitionen über ein Geflecht von Tochterge-

sellschaften so gestreut, dass man sich den besten Vertrag aussuchen kann.

Absurd? In der Tat. Aber leider Realität. Die EU-Kommission will mit dem nun ausgehandelten, aber noch nicht ratifizierten Freihandelsabkommen EU-Kanada namens Ceta solche Klagerechte für kanadische Investoren aller Art in der ganzen EU einführen, auch für kanadische Tochtergesellschaften von US-Konzernen. Mit dem USA-Freihandelsabkommen TTIP sollen dann auch US-Konzerne ganz direkt diese Klagerechte gegen demokratisch beschlossene Politik bekommen.

Nicht nur in Rumänien, sondern in der ganzen EU würde dann eine solche skandalöse Paralleljustiz für kanadische und amerikanische Konzerne eingeführt und diesen ungeahnte Möglichkeiten gegeben, unliebsame politische Entscheidungen und demokratisch beschlossene Gesetze zu bekämpfen. Das Beispiel Rosia Montana könnte alltäglich werden. Europäische Konzerne haben solche Klagerechte schon in vielen Entwicklungsländern und machen vor, wogegen demnächst US- und kanadische Konzerne auch in der EU nach dem Willen der EU-Kommission klagen können: Monsanto könnte gegen schärfere Patent- oder Gentechnik-Gesetze klagen, wegen „enttäuschter Gewinnerwartungen“. Öl- und Gaskonzerne könnten uns verklagen, wenn nach Probebohrungen dennoch keine Erlaubnis für Fracking erteilt wird. Den französischen Universalkonzern Veolia kennen wir aus der gescheiterten Berliner Wassernetzprivatisierung - erst nach einem Volksentscheid ging das Netz wieder in öffentliche Hände über. Veolia hat Ägypten wegen der Erhöhung des Mindestlohns verklagt - und gewonnen. Der Tabakkonzern Philip Morris hat Australien und Uruguay wegen schärferer Tabakgesetze verklagt und jetzt angekündigt, dies werde er auch mit Großbritannien tun, wenn die dortigen Pläne für schärfere Tabakgesetze beschlossen werden.

Voraussetzung dafür ist, dass Ceta und TTIP vom Europaparlament und den Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Daher brauchen wir jetzt den Druck auf die Bundesregierung, zu diesen Abkommen klar Nein zu sagen. Die Bundesregierung hält eine solche Paralleljustiz in Freihandelsabkommen für „nicht nötig“, will sie aber dennoch ratifizieren. Das dürfen wir nicht zulassen. Daher brauchen wir jetzt sehr viel öffentlichen Druck: Eine Paralleljustiz für Konzerne darf in einer Demokratie überhaupt nicht infrage kommen.

Jürgen Maier, 51, ist Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung, eines Netzwerks deutscher Öko- und Hilfsorganisationen.

SZ 04.09. 2014